

Bezirkswahlprogramm 2011-2016

Inhalt

1. Bildung für alle -ganztägig, gebührenfrei und demokratisch	3
Kindertagesbetreuung	3
Schulen und Schulkultur	4
Jugendpolitik/Jugendarbeit	5
Wissenschaft, Forschung, Lehre	5
Museumsstandort Dahlem	6
2. Bezahlbarer Wohnraum für alle	6
Vorrang der Interessen der Bewohnerinnen durchsetzen	6
Wohnungsleerstand im Bezirk reduzieren	6
Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen verhindern	7
Erhalt der landes- und bundeseigenen Liegenschaften	7
3. Umwelt, Leben und Natur	7
Stilllegung des Berliner Experimentierreaktors BER II in Wannsee	7
Landschaftspark statt Golfplatz	7
Umweltpolitische Ausgleichsmaßnahmen im Bezirk halten	8
Schutz vor Fluglärm	8
4. Verkehr für alle verträglich gestalten	8
Busverbindungen im Bezirk ausbauen	8
Weniger Blech aus dem Umland	8
Schloßstraße lebenswert machen	9
Lärmschutz statt Verlängerung der A100	9
Radwege ausbauen	9
5. Direkte Demokratie ausbauen	9
Bürgerhaushalt endlich einführen	9
Nur informierte Bürgerinnen sind handlungsfähig	9
BVV und Bezirksamt müssen im Internetzeitalter ankommen	10

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

DIE LINKE. ist eine neue politische Kraft in Steglitz-Zehlendorf. Nach der Wahl am 18. September 2011 wollen wir Ihre Interessen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vertreten und dafür sorgen, dass Sie wirklich bei der Bezirkspolitik mitentscheiden können.

DIE LINKE. ist parteiisch. Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und ihre Verhältnisse demokratisch gestalten können.

DIE LINKE. kämpft mit erwerbslosen Menschen gegen Hartz IV.

DIE LINKE. unterstützt die abhängig Beschäftigten gegen Lohndrückerei und Einschränkungen ihrer Rechte und für einen gesetzlichen Mindestlohn. Sie engagiert sich gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen für eine lebenswerte Zukunft.

DIE LINKE. streitet gegen die soziale Verdrängung von Mieterinnen und Mietern und wirbt für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen im Bezirk.

DIE LINKE. kämpft für soziale Gerechtigkeit, gegen die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Die Verursacher der Krise, die Banken sollen für die Krise zahlen.

DIE LINKE. unterstützt und fördert das politische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und Initiativen.

DIE LINKE. kämpft gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit und setzt sich ein für ein breites Bündnis für Weltoffenheit und Toleranz.

DIE LINKE. kämpft gegen Krieg und Militarismus.

DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf macht gemeinsam mit engagierten Bürgern Druck, damit sich die finanzielle Lage des Bezirks verbessert und die Kompetenzen der BVV erweitert werden.

Machen Sie mit! Mischen Sie sich ein!

Sie entscheiden, nach welchen Kriterien wir in Berlin unser Zusammenleben gestalten wollen. Sie entscheiden, ob wir uns mit dem Auseinandergehen der sozialen Schere abfinden oder uns politisch dagegen zur Wehr setzen.

Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf scheinen soziale Probleme nicht so drängend wie anderswo zu sein. Das täuscht. Über 12.000 Familien sind in unserem Bezirk auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen ist in unserem Bezirk größer als anderswo.

Wir meinen: Die Gesellschaft entwickelt sich dann am Besten, wenn alle Bürgerinnen und Bürger im solidarischen Miteinander leben können und sich gegenseitig unterstützen.

Sie können etwas dafür tun. Durch Ihre Stimme entscheiden Sie, ob und wie ein Bürgerhaushalt in Steglitz-Zehlendorf eingeführt wird. Sie entscheiden, ob und wie in Steglitz-Zehlendorf die Kindertagesstätten, Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen ausgestattet werden.

Sie entscheiden, wie die Verkehrspolitik in unserem Bezirk künftig aussieht; Ob Fußgänger, Radfahrer, Schulkinder und der öffentliche Nahverkehr in Zukunft eine bessere Stellung gegenüber dem Autoverkehr haben werden.

Sie entscheiden, welche Position der Bezirk zur Mietpreisentwicklung und zur Situation der Mieterinnen und Mieter im Bezirk einnehmen wird.

Sie entscheiden darüber, wie sozial, selbstbestimmt und lebenswert Steglitz-Zehlendorf in Zukunft sein wird.

Engagieren Sie sich für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden!

Wählen Sie am 18. September 2011 mit allen drei Stimmen DIE LINKE!

Unsere Schwerpunkte:

1. Bildung für alle – ganztägig, gebührenfrei und demokratisch

Der Umgang mit Kindern und Jugendlichen bestimmt nicht nur die soziale Qualität einer Gesellschaft, sondern maßgeblich auch ihre Zukunft. Nichts beeinflusst die Bildungschancen stärker als die soziale Herkunft der Familie sowie die soziale Mischung des Wohnbezirks bzw. Wohnquartiers. Um den Tendenzen sozialer Ungleichheit in den Familien und Wohnquartieren entgegenzuwirken, setzt sich linke Kommunalpolitik für eine Förderung der sozialen Durchmischung im Bezirk und ausreichend qualifiziertes Personal in den – wohnortnahen – Kitas, Schulen, Jugendzentren und Kultureinrichtungen ein. Es geht um eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Einrichtungen und eine höhere Durchlässigkeit in den Bildungsgängen. Frühkindliche individuelle Förderung muss ausgebaut werden. Individuell begleitende Sprach-, Sport- und musische Förderung während der gesamten Grundschulzeit sind sicherzustellen.

DIE LINKE orientiert sich in der Schulpolitik an vier Grundsätzen:

1. Stärkung der öffentlichen Schulen
2. Alle Schülerinnen und Schüler sollen einen Schulabschluss erwerben
3. Die Abiturquote soll zwei Drittel eines Jahrgangs betragen
4. Der Bildungserfolg darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen.

Exzellenz in der Bildung ist vor allem in den frühkindlichen Jahren zu sichern, nicht erst spät am Ende der Bildungsbiographie. Daher verdienen Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und eine bessere, ihren besonderen Leistungen entsprechende, Bezahlung. So plädiert Die LINKE. in Steglitz-Zehlendorf für eine Entlastung älterer Lehrkräfte (Altersermäßigung) und für höhere Gehälter im Erzieher- und Grundschullehrerbereich. Wir fordern, dass bei den nächsten Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst die Gehälter von ProfessorInnen nicht erhöht und die dadurch frei werdenden Mittel in die Aufstockung der Gehälter von ErzieherInnen und LehrerInnen im Kita- und Schulbereich fließen.

Kindertagesbetreuung

Eine zukunftsweisende Bildung beginnt im Vorschulalter. Bei der Einrichtung von Kita-Plätzen muss das Wohlbefinden des Kindes im Mittelpunkt stehen.

Die Einigung des Senats mit den Initiatoren des „Kita-Volksbegehrens“ und des Berliner Kitabündnisses über den Stufenplan zur Verbesserung der Personalausstattung (vom 27.10. 2009) an den Berliner Kitas verbessert die Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit und die Bildungschancen der Kinder unserer Stadt. Wir nehmen die berechtigten Forderungen nach frühkindlicher Bildung und Integration des Berliner (Kita-) Bildungsprogramms ernst und unterstützen den Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung ohne Bedarfsprüfung (Alter, Berufstätigkeit der Eltern, Förderbedarf usw.). Wir wollen, dass Kitas so eingerichtet werden, dass alle Eltern ihre Kinder nach ihrer freien Entscheidung in die Kita schicken können. Egal, ob berufstätig oder nicht. Gleichgültig, ob wohlhabend oder nicht.

Die Nachfrage nach Kita-Plätzen steigt. Die BürgerInnen wollen, dass Kitas mit der Kita-Reform und der verbesserten Ausstattung zu echten Bildungseinrichtungen weiter entwickelt werden. Der rot-rote Senat hat die letzten drei Kita-Jahre schrittweise beitragsfrei gemacht. DIE LINKE. wird sich in der BVV dafür stark machen, dass das Bezirksamt eine ausreichende Anzahl an ausfinanzierten Kita-

Plätzen sicherstellt und, wenn nötig, neue Plätze in bestehenden oder neu zu gründenden Kitas schafft.

Schulen und Schulkultur

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen, dass sich Schule verändert. Sie diskutieren über frühkindliche Bildung, über die Qualität des Unterrichts, über die Gemeinschaftsschule, über die Ausstattung der Schulen und vieles mehr.

Auch der Senat hat Prioritäten in der Bildungspolitik gesetzt. Kita- und Grundschulreform, Ausbau von Ganztagsangeboten, Stärkung eigenverantwortlicher Schulen und die Aufstockung des Kita-Personals stehen für die Verbesserung der Qualität der Berliner Bildung.

Beim Versuch dem Dilemma von Bildungsreformen bei gleichzeitiger Kostenneutralität zu entgehen, entwickelte der Senat einen „Qualitätspakt“. Doch die Vorschläge des Qualitätspakts gehen nicht auf die strukturellen Mängel im Bildungssystem ein. Der Pakt soll es der Politik ermöglichen, sich in der Schulpolitik mehr und mehr aus der Verantwortung zu stehlen und die Verbesserung der Bildungsqualität offenbar der einzelnen Schule zu überlassen. Das ist ein Irrweg. An den Schulen weiß man längst: Eine tatsächliche Qualitätsverbesserung ist nicht kostenneutral zu haben. Bildungsfragen dürfen nicht auf Haushaltsfragen reduziert werden. Viele Eltern und Lehrkräfte haben den Eindruck, dass der Senat diesem Gedanken nicht genügend Rechnung trägt und fordern zu Recht eine verbesserte materielle und personelle Ausstattung sowie die Sanierung maroder Schulgebäude.

Mit der Schulreform und der Einführung der Sekundarschule wurde die Aufteilung der Schüler auf Haupt-, Real- und Gesamtschulen überwunden. So können sie länger gemeinsam lernen und haben bessere Chancen zum Abitur zu gelangen. Allerdings ist damit allein der soziale Selektionsmechanismus noch nicht überwunden. Trotz der Verbesserung durch die Schulstrukturen differieren die Leistungen von Kindern unterschiedlicher sozialer Schichten am Ende der Grundschulzeit stark. Dies offenbart integrative Grenzen struktureller Reformen. Die eingeleiteten Maßnahmen müssen durch Reformen im vor- und außerschulischen Bereich und einem verbesserten Ressourceneinsatz, sowie Veränderungen im Schulalltag ergänzt und verstärkt werden.

Wir benötigen in Berlin und in unserem Bezirk Schulen, in denen LehrerInnen, SozialpädagogInnen und ErzieherInnen zum ständigen personellen Bestand gehören und als Team zusammenarbeiten. Erst das Zusammenwachsen aller Professionen ermöglicht eine Erfolg versprechende integrative Schulkultur. Dazu gehört, dass auch an den Schulen unseres Bezirks Schulstationen mit sozialpädagogisch ausgebildeten Fachkräften flächendeckend aufgebaut werden. Die bereits bestehenden Schulstationen müssen erhalten bleiben.

Steglitz-Zehlendorf ist ein wachsender Bezirk. Zahlreiche junge Familien ziehen hierher. Dadurch ist das Zahlenmaterial, das einst Grundlage der Schulentwicklungsplanung des Bezirks war, nicht verlässlich. DIE LINKE. fordert, Schulkapazitäten dem realen Bedarf anzupassen. Das heißt, auf jede weitere Schulstandortschließung zu verzichten und die Neuausweisung einzelner Standorte, wie z.B. für mehr Grundschulkapazitäten in Dahlem, vorzubereiten. DIE LINKE. lehnt die Nutzungsumwidmung bereits aufgelassener Standorte und Gebäude ab.

Ganztagschulen werden von einigen Eltern im Bezirk skeptisch betrachtet, weil ihre Kinder auch ohne dieses Angebot mit außerschulischen Aktivitäten ausgelastet sind. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf will durch Kooperationskonzepte zwischen Schulen und Sportvereinen, Musikschulen und Kulturvereinen den Bedürfnissen der Eltern entsprechen. Die öffentlichen Schulen im Bezirk müssen durch breit gefächerte Angebote in solchen Kooperationen so attraktiv werden, dass ein Bedürfnis, sie zu meiden, nicht entsteht. Mittel- und langfristig wollen wir so die Nachfrage an Privatschulen senken.

Eltern sollen in die Planung von Tagesablauf und Bildungsangeboten einbezogen werden. So können kulturelle und sportliche Angebote problemlos zum regelmäßigen Bestandteil des Nachmittagsprogramms der öffentlichen Schule werden.

Alle Kinder und Jugendliche müssen Zugang zu gesunder, ausgewogener Ernährung erhalten. Deshalb wollen wir ein kostenloses Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler. Über den Bebauungsplan hat es die BVV in der Hand, Fast-Food-Angebote in unmittelbarer Nähe von Schulen zu verhindern. Dafür werden wir in der BVV kämpfen. Wir setzen uns dafür ein, durch bessere finanzielle Ausstattung von Schulen, privates Sponsoring überflüssig zu machen. Eine an privaten Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Schule ist mit dem öffentlichen Bildungsauftrag nicht vereinbar.

Ungeachtet der Tatsache, dass die Mehrheit der Deutschen gegen die Stationierung der Bundeswehr in Afghanistan und Auslandseinsätze ist, haben CDU und Bündnis '90/Die Grünen den Schulen im Bezirk empfohlen, Angebote der Bundeswehr zur Durchführung von Unterrichtsstunden anzunehmen. Wir wollen Schülerinnen und Schülern das „Berufsziel Soldat“ nicht als Normalität vermitteln. (An-) Werbung für die Bundeswehr hat an Schulen und Universitäten nichts zu suchen!

Jugendpolitik / Jugendarbeit

Jugendpolitik wird oft auf Bildung, Ausbildung und die soziale Situation von jungen Menschen verengt. Doch für uns ist Jugendpolitik ein Querschnittsbereich und nicht auf bestimmte Politikfelder zu begrenzen.

Jugendpolitik ist nicht Betroffenenpolitik. Es geht um die Befähigung junger Menschen, im eigenen Namen zu sprechen und eigenständig zu handeln. Daher wollen wir Entscheidungsrechte von Jugendlichen in allen Institutionen einführen, in denen für sie oder mit ihnen gearbeitet wird.

Kommunale Jugendarbeit ist originäre Bezirksaufgabe. Die „Hilfen zur Erziehung“ sind ein Rechtsanspruch, der jedoch in der Bezirksmittelzuweisung nicht ausfinanziert ist. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf fordert, die Jugendhilfe wieder auf eine langfristig tragfähige finanzielle Grundlage zu stellen. Wir unterstützen Kinder und Jugendliche durch den breiten Aufbau offener Beteiligungsformen - wie z. B. Jugendkonferenzen - dabei, in der Öffentlichkeit gehört zu werden und ihr Lebensumfeld selbst zu gestalten.

Wissenschaft, Forschung, Lehre

Die Universitäten und Hochschulen müssen sozial offen, demokratisch und finanziell unabhängig von Kapitalinteressen sein. Wir wollen einen nachfrageorientierten Ausbau von Studienplätzen, um einen offenen Zugang für Menschen mit und ohne Abitur zu ermöglichen.

Wir unterstützen entschieden die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Den Studierenden muss eine sinnvolle und eigenständige Studiengestaltung möglich sein. Die enge und scharfe Zweiteilung des Bachelor-Master-Systems lehnen wir ab. Wir unterstützen die rasche Überwindung dieses Systems und die Neugestaltung der Lehrpläne durch Studierende und Lehrende im Sinne einer Interdisziplinarität der Studiengänge. In diesem Zusammenhang wenden wir uns entschieden gegen Rüstungsforschung und fordern ebenso entschieden den Ausbau der Friedensforschung.

Die nach 1945 in Steglitz-Zehlendorf angesiedelten Hochschuleinrichtungen der Freien Universität (FU) und teilweise der Technischen Universität (TU) haben in unserem Bezirk eine einzigartige Struktur, die sich als sozial, städtebaupolitisch und wirtschaftlich äußerst positiv erwiesen hat. Durch die Verteilung vieler Einrichtungen auf zahlreiche Einzelgebäude entstand eine Durchmischung mit dem Umfeld in Dahlem, die bei einer Konzentration auf einem abgeschotteten Campus-Gelände nicht möglich wäre. Diese erfolgreiche und menschenfreundlich dezentrale Struktur der Universitätslandschaft möchte DIE LINKE. im Bezirk erhalten. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die von FU und TU genutzten Villen diesen auch weiterhin zur Verfügung stehen. Zudem gingen dem

Bezirk bei einem Verkauf neben den Gebäuden auch wertvolle Grünflächen verloren. Und der mögliche, kurzfristig realisierbare Verkaufserlös wird die vorhandenen strukturellen Haushaltsprobleme nicht lösen.

Museumsstandort Dahlem

Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist insbesondere in Dahlem ein - auch gemessen an Berlins überragendem kulturellem Angebot - beachtlicher Museumsstandort entstanden. Durch die geplante Verlagerung großer Ausstellungsteile in das Humboldt-Forum in Mitte wird dieser historisch gewachsene Standort in Frage gestellt. Zugleich ist der Museumsstandort Dahlem von Berlin-Mitte mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf will Dahlem als Museumsstandort erhalten.

Wir treten dafür ein, dass die freiwerdenden Räume weiterhin für die Kunst genutzt werden. Nur ein Teil der außereuropäischen Sammlungen wird verlagert, und längst nicht alle Asservate werden bislang gezeigt. Ein neu konzipiertes Museum mit Dauerausstellung und Angeboten des Museumspädagogischen Dienstes für alle Bürger im Südwesten der Stadt ist also möglich. Wir sind dafür, im Rahmen dieses Projektes einen weiteren Ausstellungsstandort für zeitgenössische Malerei in den Museen Dahlem zu etablieren. Dies wäre auch angesichts der in Aussicht gestellten Baukosten für einen neuen Standort in zweistelliger Millionenhöhe sinnvoll.

2. Bezahlbarer Wohnraum für alle

Auch Steglitz-Zehlendorf braucht mehr günstigen Wohnraum. Die Leerstandszahlen in Zehlendorf bei gleichzeitig angespannter Lage in Hochhaussiedlungen zeigen, dass die Konzentration der Investitionen der vergangenen Jahre auf Projekte im Hoch- und Höchstpreissegment eine verfehlte Wohnungspolitik war. Neue Wohnbauprojekte müssen daher ausschließlich im unteren Preissegment genehmigt werden. Steglitz-Zehlendorf wächst. Dieses Wachstum darf nicht „planlos“ vonstatten gehen. Auch muss die Infrastruktur, die Versorgung mit den Wohnungsansiedlungen Schritt halten. Hierbei ist in der kommenden Wahlperiode viel zu stemmen.

Vorrang der Interessen der BewohnerInnen durchsetzen

DIE LINKE. ist für den Erhalt bezahlbaren Wohnraumes in Steglitz-Zehlendorf. Die MieterInnen dürfen nicht aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben werden. Deshalb lehnen wir die Privatisierung weiteren Wohnungsbestands aus städtischen Wohnungsbaugesellschaften ab. Werden solche Wohnungen an Investoren wie Hedgefonds verkauft, werden die Wohnungen meist luxusmodernisiert und die Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt, wodurch die Mieten enorm steigen. Es findet Mieterverdrängung statt. Die Privatisierung großer Bestände der GSW im Bezirk durch den Senat und die Genehmigung des vorzeitigen Börsengangs unter bereits 2014 auslaufenden Auflagen durch Senat und Abgeordnetenhaus waren falsche städtebaupolitische Signale. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf will die Möglichkeiten des Bezirksamtes dafür zu nutzen, entsprechend den Interessen der BewohnerInnen zu agieren. Wir sind auch der Auffassung, dass polizeiliche Räumungen bei Mietsäumigkeit keine angemessene Maßnahme sind und in der kalten Jahreszeit grundsätzlich nicht durchgeführt werden sollen.

Wohnungsleerstand im Bezirk reduzieren

Nach Angaben der Zeitschrift „Das Grundeigentum“, Ausgabe Nr.17/2010, ist der Wohnungsleerstand in Zehlendorf von 0,8 % (2001) auf 5,5 % (2009) und in Steglitz von 1,4% (2001) auf 1,9 % (2010) angestiegen. Der Leerstand wird auch deshalb größer, weil unerschwingliche Mieten verlangt werden, die einkommensschwache Haushalte nicht zahlen können. Die Mieter wandern aus in Außenbezirke wie das Märkische Viertel. Vor allem werden durch den Umzug Schulkinder aus ihrer

Umgebung gerissen. Dieser inhumanen Verdrängungspolitik setzt DIE LINKE. das Ziel „Bezahlbarer Wohnraum für alle“ entgegen. Dies wollen wir u.a. dadurch erreichen, dass die Zweckentfremdung von Wohnraum wirksam verhindert wird. Durch die Umwandlung von Wohnungen in Büros wird das Wohnungsangebot künstlich verknappt. Das wiederum führt zu enormen Steigerungen bei den Neuvertragsmieten. Die Politik muss alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, dies zu unterbinden.

Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen verhindern

Eine weitere Möglichkeit für Vermieter, aus Wohnimmobilien höheren Profit zu schlagen, besteht in der Umwandlung von Wohnungen zu Ferienwohnungen. In den vergangenen Jahren erlebten auch Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes, dass Eigentümer Mietwohnungen als Ferienwohnungen vermieteten. Zum Teil unter äußerst fragwürdiger Interpretation der rechtlichen Grundlagen. Auch gefährdet es die soziale Struktur in der Umgebung. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf lehnt die Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen ab. Wir unterstützen das Vorhaben des Senats, die Betriebsverordnung für Beherbergungsstätten so zu ändern, dass der Missbrauch dieses Rechtsrahmens unterbunden wird. Das Bauamt des Bezirks soll die Entwicklungen im Bereich Ferienwohnungen genau beobachten und der Öffentlichkeit regelmäßig darüber berichten.

Erhalt der landes- und bundeseigenen Liegenschaften

Auf den Verkauf landes- und bundeseigener Grundstücke an Privatinvestoren hat der Bezirk keinen direkten Einfluss; Allerdings kann er in den meisten Fällen durch das Bauplanungsrecht Einfluss auf einzelne Bauvorhaben nehmen. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf lehnt die Privatisierung von zurzeit von FU und TU genutzten kleinen und mittleren Gebäudeeinheiten ab. Bei jedem Bauvorhaben auf einem öffentlichen Grundstück, auch durch private Investoren, haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht mitzureden. DIE LINKE. macht sich für eine Verbesserung der – bisher im Bezirk mangelhaft umgesetzten – frühzeitigen Bürgerbeteiligung stark.

3. Umwelt, Leben und Natur

Stilllegung des Berliner Experimentierreaktors BER II in Wannsee

Spätestens durch die Reaktorkatastrophe in Japan ist bewiesen, dass die Atomtechnologie selbst in hochtechnisierten Ländern nicht beherrschbar ist. Eine mögliche Kernschmelze bedroht auch Berlin und Potsdam. Der fast 40 Jahre alte Schwimmbadreaktor in Berlin Wannsee befindet sich ungeschützt in einer alten Werkhalle, deren Dach nur Schneelasten standhält. Ein den Sicherheitsvorschriften entsprechendes Containment, wie es der Münchener Forschungsreaktor aufweist, fehlt. Da sich der Reaktor mitten in einem Wohngebiet befindet, können auch kurzlebige radioaktive Partikel ihre gesundheitsgefährdende Wirkung entfalten. Zudem hat sich der Betreiber obere Werte der Strahlenexposition der Bevölkerung genehmigen lassen, die teilweise höher als bei deutschen Kernkraftwerken liegen. Über den Abluftkamin wird unter anderem das besonders gefährliche Tritium - radioaktiver Wasserstoff - in weit größeren Mengen freigesetzt als von den meisten deutschen Atomkraftwerken. Von den drei noch verbliebenen Forschungsreaktoren ist der BER II der Reaktor, der am unzureichendsten geschützt ist, schon im Normalbetrieb die Gesundheit der Mitarbeiter und Anwohner am meisten gefährdet und von allen Forschungsreaktoren einschließlich der schon stillgelegten mit bisher 66 meldepflichtigen Ereignissen, davon 10 meldepflichtige Störfälle, Spitzenreiter ist. Die Leistung des BER II mit 10 Megawatt beträgt ein sechsviertelstel der Leistung des Blocks 1 des Havarie-Reaktors des AKW Fukushima-Daiichi mit einer elektrischen Leistung von 460 Megawatt.

Landschaftspark statt Golfplatz

DIE LINKE Steglitz Zehlendorf tritt dafür ein, das ehemalige militärische Übungsgelände in Lichterfelde Süd als Naherholungsgebiet für die Lichterfelder und Berliner Bevölkerung zu

erschließen. Der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm sind dahin gehend zu ändern, dass die halboffene Weidelandschaft mit den angrenzenden Waldflächen als Grün-, Landwirtschafts- und Waldfläche dargestellt wird. DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf will dass die Randbebauung des Gebiets jeweils städtebaulich harmonisch an die gesamte Umgebung angepasst wird. Investitionsprojekte wie die Errichtung eines abgeschotteten Golfplatzes sowie den Bau von Luxusquartieren, auf der ehemaligen „Park Range“ in unmittelbarer Nachbarschaft zur Thermometersiedlung sind weder städtebau-, noch sozialpolitisch sinnvoll.

Umweltpolitische Ausgleichsmaßnahmen im Bezirk halten

In Berlin gilt die Regel, bei der Bebauung von Grünflächen Ausgleichsflächen im Stadtgebiet zu schaffen. Werden in Steglitz-Zehlendorf Grünflächen bebaut, verringert sich der Grünflächenanteil im Bezirk. DIE LINKE. fordert deshalb, die Ausgleichsflächen für Grünflächenbebauung nicht in einem anderen, sondern direkt in unserem Bezirk auszuweisen. Ebenso wollen wir es mit dem Baumbestand halten; Für jeden bei uns gefällten Baum ist in unserem Bezirk ein neuer Baum anzupflanzen. Wir wollen keine weitere Urbanisierung von Waldflächen. Wir bestehen auf einer ausgeweiteten Bürgerbeteiligung bei Vorhaben zur Bebauung von Grünflächen im Bezirk.

Schutz vor Fluglärm

Der Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) im stadtnahen Schönefeld rechtfertigt keine Dauerbelastung der Einwohnerinnen und Einwohner. DIE LINKE setzt sich daher, im Interesse aller Betroffenen, von Treptow-Köpenick bis Steglitz-Zehlendorf, für den Verzicht auf Parallelstarts und ein konsequentes Nachtflugverbot von 22.00 – 6.00 Uhr ein. Die Interessen von Fluggesellschaften an Einsparungen im Umfang von wenigen Euro pro Flug müssen klar hinter dem Erhalt der Gesundheit für viele Menschen zurücktreten. Dafür tritt DIE LINKE mit Entschiedenheit ein.

4. Verkehr für alle verträglich gestalten.

Mobilität ist ein hohes Gut für alle Bürgerinnen und Bürger. Zwischen allen Verkehrsträgern ist ein verträglicher Ausgleich zu schaffen. DIE LINKE. will Steglitz-Zehlendorf nicht zum autofreien Bezirk ausrufen. Doch gerade die Zählgemeinschaft der vergangenen fünf Jahre, unter Beteiligung von Bündnis '90/Die Grünen, hat dem Automobil einen ungehörlichen Vorrang eingeräumt, bis hin zu heftigem Widerstand gegen Tempo-30-Zonen vor Schulgebäuden. Freie Fahrt für freie Bürger? Für DIE LINKE. Steglitz-Zehlendorf ist das keine zukunftsfähige verkehrspolitische Lösung.

Busverbindungen im Bezirk ausbauen

Der Bezirk muss sich bei den geplanten Veränderungen im Busnetz des Südwestens dafür einsetzen, dass wirkliche Verbesserungen herauskommen. Beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs muss die Priorität auf schnell und kostengünstig erzielbare Vorteile für die AnwohnerInnen gelegt werden. Teure und vergleichsweise ineffektive Projekte wie die Verlängerung der U3 zum Mexikoplatz lehnt DIE LINKE. ab und fordert stattdessen eine Neu- und Wiedererrichtung der Anbindung schlecht oder nicht versorgter Gebiete mit Buslinien.

Weniger Blech aus dem Umland

Steglitz-Zehlendorf ist nicht nur durch den ausgeprägten Autoverkehr des Bezirks selbst, sondern auch von Verkehr aus dem Umland durchfurcht. Dort fehlen gute Anbindungen mit der Schiene, obwohl drei Möglichkeiten bestehen: die Stammbahn Kleinmachnow – Zehlendorf, die Weiterführung der S-Bahn von Teltow über Stahnsdorf nach Wannsee oder die Straßenbahn Potsdam – Teltow. Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf muss sich gemeinsam mit den Umlandgemeinden für die Realisierung einer dieser drei Möglichkeiten einsetzen. Auch die Radwege-Verbindungen ins Umland sind zu verbessern.

Schloßstraße lebenswert machen

Die Einkaufsstraße Schloßstraße muss vom Durchgangsverkehr befreit werden. DIE LINKE. setzt sich für eine Verkehrsberuhigung ein, bei der die Schloßstraße nur für Fußgänger und Öffentlichen Nahverkehr zugänglich ist. Dazu gehört für uns insbesondere die Weiterführung der Tram M4 von Alexanderplatz bis Rathaus Steglitz. Dadurch werden die Einkaufsmöglichkeiten in der Schloßstraße weiter verbessert. Für das gesamte Gebiet ist zum Schutz des Wohnens ein Konzept zu entwickeln, das das Parken auf Anwohnerparkplätzen reduziert und auch in Seitenstraßen den Autoverkehr reduziert.

Lärmschutz statt Verlängerung der A 100

Viel zu oft fehlt an den Autobahnen in Berlin der Lärmschutz. Das ist ein Unding in einer dicht besiedelten Stadt und trifft in Steglitz-Zehlendorf AnwohnerInnen am Zubringer Schloßstraße (A 103), am Breitenbachplatz (A 104) und am Zehlendorfer Kreuz (AVUS A 115). Statt für den Weiterbau der Autobahn A 100, ist das vom Bund bereitgestellte Geld sinnvoll für Lärmschutzmaßnahmen zu verwenden.

Radwege ausbauen

Unter schwarz-grüner Herrschaft hat sich in den zurückliegenden fünf Jahren der Zustand der Radwege im Bezirk massiv verschlechtert. Steglitz-Zehlendorf benötigt ein Konzept zur Sanierung und Ausdehnung seiner Radwege und Abstellmöglichkeiten sowie zum Aufbau von Fahrradstationen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften in Lankwitz, der Thermometersiedlung, Zehlendorf-Süd und im Bereich Lissabon-Allee zu legen. Die schwarz-grünen Koalitionspartner in Steglitz-Zehlendorf interessieren sich offensichtlich mehr für ein aufgepepptes Rathaus mit einer verkehrsberuhigten Kirchstraße davor als für die Sicherheit der RadfahrerInnen im Bezirk.

5. Direkte Demokratie ausbauen.

Im Senat war es DIE LINKE., die mit beständigem Drängen, die Einführung von mehr Elementen direkter Demokratie durchgesetzt hat. Volksbegehren und Volksentscheide wären ohne DIE LINKE. so in Berlin nicht möglich. Mit der Reform des Bezirksverwaltungsgesetzes wurde ein entscheidender Schritt zur besseren Mitgestaltung durch die BürgerInnen getan. Doch leider hinkt der Bezirk Steglitz-Zehlendorf bei der Umsetzung dieser Entscheidungen grundsätzlich hinterher. Erst in der vergangenen Wahlperiode wurde die Einwohnerfragestunde in der BVV eingerichtet. Schwarz-Grün bewegt sich in dieser Frage nur auf Druck des Senats.

Bürgerhaushalt endlich einführen

DIE LINKE. fordert einen Bürgerhaushalt für Steglitz-Zehlendorf. Damit wird den EinwohnerInnen ein Instrument gegeben, mit dem sie direkten Einfluss auf die Verwendung öffentlicher Mittel des Bezirks nehmen können. Steglitz-Zehlendorf soll dabei die positiven Erfahrungen aus anderen Berliner Bezirken nutzen, insbesondere das dort entwickelte und angewendete Verfahren zur Priorisierung übernehmen. Die ersten Schritte zur Umsetzung – die Aufstellung und Publikation eines lesbaren und anschaulichen Bezirkshaushalts, sowie die Versendung und Auswertung von Fragebögen zu Schwerpunktsetzungen an alle EinwohnerInnen – sind unverzüglich zu gehen.

Nur informierte BürgerInnen sind handlungsfähig

Auch in Steglitz-Zehlendorf sind „Kiezjurs“ einzurichten, die BürgerInnen frühzeitig über die sie betreffenden Maßnahmen informieren. Hierzu kann auch die regelmäßige Einberufung von EinwohnerInnenversammlungen in den Stadtteilen dienen. Das Bezirksamt, die BVV und einzelne

Ausschüsse, sowie sonstige Gremien (Behinderten- und Seniorenbeirat, Präventionsrat, Sozialkommission u.a.) sollen sich auf „Tagen der Begegnung“ den BürgerInnen vorstellen und für die aktive Mitarbeit werben. Zu Beginn der Wahlperiode ist eine Broschüre zu den Aufgaben und der Zusammensetzung von BVV und Bezirksamt herauszugeben und an alle Haushalte zu verteilen.

BVV und Bezirksamt müssen im Internetzeitalter ankommen

Steglitz-Zehlendorf muß endlich die Chancen zur Öffnung und Beteiligung nutzen, die das Internet bietet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, daß der Bezirk alle Termine und Ansprechpartner im WWW veröffentlicht. Wir wollen, daß alle bezirklichen Statistiken, Tageordnungen, Anträge und Berichte zügig und vollständig im Netz zugänglich gemacht werden. Das gilt für sämtliche Unterlagen nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz. DIE LINKE engagiert sich für die Open Data Bewegung und fordert den Bezirk auf, alle Daten über digitale Schnittstellen öffentlich verfügbar zu machen, damit jede und jeder unabhängig von der Verwaltung eigne Auswertungen erstellen und im Internet veröffentlichen kann. Wir wollen ein barrierefreies Rathaus und befürworten eine Live-Übertragung der BVV-Sitzungen per Internet.

Im Interesse aller Bürger setzt sich DIE LINKE für Datenschutz im Bezirk ein, und fordert die Bezirksverwaltungen auf, ihre Praxis im Umgang mit Daten einer fachkundigen öffentlichen Prüfung zu unterziehen. Wir lehnen den "digitalen Graben" ab, der zwischen den Besitzern der großen Internetserver und den "digitalen Habenichtsen" verläuft, die nicht gehört werden, weil sie nicht einmal einen Internetzugang haben. Dazu unterstützen wir in Steglitz-Zehlendorf den Aufbau von Freifunk-Netzwerken, über die sich Nachbarn gegenseitig ins Internet bringen können.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir haben Ihnen eine Einblick gegeben, wer wir sind und was wir ab Oktober 2011 politisch in der BVV Steglitz-Zehlendorf wollen.

DIE LINKE. in der BVV - das heißt: Konsequenz für ein soziales Steglitz-Zehlendorf - für ein solidarisches und friedliches Miteinander.

Wählen Sie am 18. September DIE LINKE.